



Amtsblatt

für den Regierungsbezirk Münster

Herausgeber: Bezirksregierung Münster

Münster, den 7. März 2025

Nummer 10

INHALTSVERZEICHNIS

B: Verordnungen, Verfügungen und Bekanntmachungen der Bezirksregierung	81	59 Termine für die Gewässerschauen erstes Halbjahr 2025	83
53 Öffentliche Zustellung gemäß § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeszustellungsgesetz - LZG NRW) vom 07.03.2006 (GV. NRW. S. 94)	81	60 Öffentliche Zustellung gemäß § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (Landeszustellungsgesetz - LZG NRW) vom 07.03.2006 (GV. NRW. S. 94)	83
54 Öffentliche Zustellung gemäß § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeszustellungsgesetz - LZG NRW) vom 07.03.2006 (GV. NRW. S. 94)	81	C: Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen anderer Behörden und Dienststellen	84
55 Öffentliche Zustellung gemäß § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (Landeszustellungsgesetz LZG NRW) vom 07.03.2006 (GV. NRW. S. 94)	82	61 Haushaltssatzung	84
56 Bestellung von bevollmächtigten Bezirksschornsteinfegern (m/w/d)	82	62 Hinweis	85
57 Bekanntmachung gemäß § 15 Abs. 2a des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG)	82		
58 Bekanntmachung gemäß § 15 Abs. 2a des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG)	83		

B: Verordnungen, Verfügungen und Bekanntmachungen der Bezirksregierung

53 Öffentliche Zustellung gemäß § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeszustellungsgesetz - LZG NRW) vom 07.03.2006 (GV. NRW. S. 94)

Für Herrn

Tobias Schymik

Letzte hier bekannte Anschrift:

Mozartstr. 40

44575 Castrop-Rauxel

kann ein Schriftstück des Dezernates 27 der Bezirksregierung Münster vom 06.02.2024 Az.: 27.2.2-52S0419270-1 nicht zugestellt werden, da der derzeitige Aufenthaltsort unbekannt ist.

Er wird hiermit aufgefordert, das Schriftstück an folgender Adresse unverzüglich abzuholen.

Anschrift:

Bezirksregierung Münster Dezernat 27 Albrecht-Thaer-Str. 9 - Raum N 3087 - 48147 Münster

Hinweis:

Gemäß § 10 Absatz 2 Satz 7 LZG NRW gilt das Schriftstück als zugestellt, wenn seit dem Tag des Aushangs dieser Benachrichtigung zwei Wochen vergangen sind. Es wird darauf hingewiesen, dass mit dieser Zustellung des Schrift-

stücks durch öffentliche Bekanntmachung Fristen in Gang gesetzt werden, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen.

Münster, den 21.02.2025

Bezirksregierung Münster

Dezernat 27

Im Auftrag

gez. Schlattmann

Abl. Bez.Reg. Mstr. 2025 S. 81

54 Öffentliche Zustellung gemäß § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeszustellungsgesetz - LZG NRW) vom 07.03.2006 (GV. NRW. S. 94)

Für Herrn

Saboor Malek

Letzte hier bekannte Anschrift:

Breslauer Straße 14

48691 Vreden

kann ein Schriftstück des Dezernates 27 der Bezirksregierung Münster vom 29.01.2025, Az.: 27.2.19-53S0-449484-1 nicht zugestellt werden, da der derzeitige Aufenthaltsort unbekannt ist.

Er wird hiermit aufgefordert, das Schriftstück an folgender Adresse unverzüglich abzuholen.

Anschrift:

Bezirksregierung Münster Dezernat 27 Albrecht-Thaer-Str. 9 - Raum N 3081 - 48147 Münster

Hinweis:

Gemäß § 10 Absatz 2 Satz 7 LZG NRW gilt das Schriftstück als zugestellt, wenn seit dem Tag des Aushangs dieser Benachrichtigung zwei Wochen vergangen sind. Es wird darauf hingewiesen, dass mit dieser Zustellung des Schriftstücks durch öffentliche Bekanntmachung Fristen in Gang gesetzt werden, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen.

Münster, den 25.02.2025 Bezirksregierung Münster
Dezernat 27
Im Auftrag
gez. Pennekamp
Abl. Bez.Reg. Mstr. 2025 S. 81-82

55 Öffentliche Zustellung gemäß § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (Landeszustellungsgesetz LZG NRW) vom 07.03.2006 (GV. NRW. S. 94)

Für
Nicolas Ivica Ersan Charalampides
letzte hier bekannte Anschrift
Trauttmansdorffstr. 161
48153 Münster

können die Bescheide des Dezernates 34 der Bezirksregierung Münster vom 19.02.2025 in den Corona-Wirtschaftshilfen – Az. NSDH1XR-EA-20533 und NSDH2XR-EA-18300 – nicht bekanntgegeben werden, da der derzeitige Aufenthaltsort unbekannt ist.

Er wird hiermit aufgefordert, den Bescheid an folgender Adresse unverzüglich abzuholen:

Bezirksregierung Münster – Dezernat 34 –
Raum A225
Domplatz 1-3
48143 Münster

Hinweis:

Gemäß § 10 Abs. 2 Satz 7 LZG NRW gilt das Schriftstück als zugestellt, wenn seit dem Tag des Aushangs dieser Benachrichtigung zwei Wochen vergangen sind. Es wird darauf hingewiesen, dass mit dieser Zustellung des Schriftstücks durch öffentliche Bekanntmachung Fristen in Gang gesetzt werden, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen.

Münster, den 25.02.2025 Bezirksregierung Münster
Dezernat 34
Im Auftrag
gez. Fangmeyer
Abl. Bez.Reg. Mstr. 2025 S. 82

56 Bestellung von bevollmächtigten Bezirksschornsteinfegern (m/w/d)

Bezirksregierung Münster Münster, den 24. Februar 2025
Dezernat 34

34.01-A 1/2025

Die Bezirksregierung Münster hat gemäß § 8 Abs. 1 des Schornsteinfeger-Handwerksgesetzes (SchfHwG) vom 26.11.2008 (BGBl. I Nr. 54) in der zurzeit gültigen Fassung mit Verfügung vom 24. Februar 2025 Herrn Alexander Maraite mit Wirkung vom 01. März 2025 zum bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger für den Kehrbezirk Stadt Gelsenkirchen IX bestellt. Die Bestellung ist auf 7 Jahre befristet.

34.01-A 2/2025

Die Bezirksregierung Münster hat gemäß § 8 Abs. 1 des Schornsteinfeger-Handwerksgesetzes (SchfHwG) vom 26.11.2008 (BGBl. I Nr. 54) in der zurzeit gültigen Fassung mit Verfügung vom 24. Februar 2025 Herrn Pascal Feldkamp mit Wirkung vom 01. März 2025 zum bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger für den Kehrbezirk Kreis Steinfurt XIV bestellt. Die Bestellung ist auf 7 Jahre befristet.

34.01-A 3/2025

Die Bezirksregierung Münster hat gemäß § 8 Abs. 1 des Schornsteinfeger-Handwerksgesetzes (SchfHwG) vom 26.11.2008 (BGBl. I Nr. 54) in der zurzeit gültigen Fassung mit Verfügung vom 24. Februar 2025 Herrn Stefan Wortmann mit Wirkung vom 01. März 2025 zum bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger für den Kehrbezirk Stadt Münster XII bestellt. Die Bestellung ist auf 7 Jahre befristet.

Im Auftrag

Gez. Frank

Abl. Bez.Reg. Mstr. 2025 S. 82

57 Bekanntmachung gemäß § 15 Abs. 2a des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG)

Bezirksregierung Münster
53.0263/24/00539290125/0012.U

Münster, den 21.02.2025
Domplatz 1-3, 48143 Münster
dez53@brms.nrw.de

Die Firma Ruhr Oel GmbH, Alexander-von-Humboldt-Straße 1 in 45896 Gelsenkirchen hat mit Datum vom 13.12.2024, die störfallrelevante Änderung gemäß § 15 Abs. 2a BImSchG der immissionsschutzrechtlich genehmigungsbedürftigen Anlage Wasserstofferzeugung in Verbindung mit einer Mineralölraffinerie auf dem Grundstück Pawikerstraße 30 in 45899 Gelsenkirchen (Gemarkung Buer, Flur 15, Flurstück 58) angezeigt.

Gegenstand der Anzeige sind Maßnahmen zur Erhöhung der Lebensdauer der Anlage zur Wasserstofferzeugung. Dazu gehören der Austausch des Entschwefelungsreaktors gegen ein Modell aus beständigerem Werkstoff sowie das Nachrüsten von Drucküberwachungseinrichtungen in der Heizgasversorgung.

Das angezeigte störfallrelevante Vorhaben wurde daraufhin geprüft, ob der angemessene Sicherheitsabstand zu benachbarten Schutzobjekten erstmalig unterschritten wird, räumlich noch weiter unterschritten wird oder ob eine erhebliche Gefahrenerhöhung ausgelöst wird.

Im Rahmen dieser Prüfung wurde festgestellt, dass dies nicht der Fall ist. Das angezeigte Vorhaben bedarf daher keiner Genehmigung nach dem BImSchG.

Die Entscheidung nach § 15 Abs. 2a BImSchG wird hiermit in Verbindung mit dem Erlass des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW vom 01.09.2021 zu „Auslegungsfragen zu unbestimmten Rechtsbegriffen zur Umsetzung der Seveso-III-Richtlinie in nationales Recht“ öffentlich bekannt gemacht.

Im Auftrag

gez. Abdulrahman-Rohde

Abl. Bez.Reg. Mstr. 2025 S. 82

58 Bekanntmachung gemäß § 15 Abs. 2a des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG)

Bezirksregierung Münster

53.0011/25/0414594-0003/0085.U

Münster, den 26.02.2025

Domplatz 1-3, 48143 Münster

dez53@brms.nrw.de

Die Firma AGR mbH, Im Emscherbruch 11 in 45699 Herten hat mit Datum vom 15.01.2025 die störfallrelevante Änderung gemäß § 15 Abs. 2a BImSchG der immissionsschutzrechtlich genehmigungsbedürftigen Abfallverbrennungsanlage auf dem Grundstück Im Emscherbruch 11 in 45699 Herten (Gemarkung Herten, Flur 96, Flurstück 24, 25, 26) angezeigt.

Gegenstand der Anzeige ist der Einsatz von alternativen Betriebsmitteln für die Schwermetallfällung im Wasserhaus der Industriemüll-Verbrennungsanlage.

Das angezeigte störfallrelevante Vorhaben wurde daraufhin geprüft, ob der angemessene Sicherheitsabstand zu benachbarten Schutzobjekten erstmalig unterschritten wird, räumlich noch weiter unterschritten wird, oder ob eine erhebliche Gefahrenerhöhung ausgelöst wird.

Im Rahmen dieser Prüfung wurde festgestellt, dass dies nicht der Fall ist. Das angezeigte Vorhaben bedarf daher keiner Genehmigung nach dem BImSchG.

Die Entscheidung nach § 15 Abs. 2a BImSchG wird hiermit in Verbindung mit dem Erlass des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW vom 01.09.2021 zu „Auslegungsfragen zu unbestimmten Rechtsbegriffen zur Umsetzung der Seveso-III-Richtlinie in nationales Recht“ öffentlich bekannt gemacht.

Im Auftrag
gez. Kennerknecht
Abl. Bez.Reg. Mstr. 2025 S. 83

59 Termine für die Gewässerschauen erstes Halbjahr 2025

Bezirksregierung Münster

Dezernat 54

Wasserwirtschaft

Wochentag	Datum	Zeit	Gewässer / Schaubereich	Treffpunkt der Schaukommission
Mittwoch	26.03.2025	10:30 Uhr	Issel im Regierungsbezirk Düsseldorf Die Gewässerschau wird in Form einer Gewässerbegehung durchgeführt.	Isselstraße 20, 46499 Hamminkeln
Dienstag	01.04.2025	10:00 Uhr	Lippe - Waltrop bis Datteln-Ahsen Die Gewässerschau wird mittels Motorboot erfolgen, die Teilnehmerzahl ist daher limitiert.	Haus Vogelsang, Vogelsangweg 21, 45711 Datteln-Ahsen
Montag	07.04.2025	10:00 Uhr	Lippe - Haltern, Marl, Dorsten Die Gewässerschau wird mittels Motorboot erfolgen, die Teilnehmerzahl ist daher limitiert.	Haus Vogelsang, Vogelsangweg 21, 45711 Datteln-Ahsen

Gem. § 95 Abs. 2 LWG werden die Termine der Gewässerschauen öffentlich bekannt gemacht und den zur Gewässerunterhaltung Verpflichteten, den Eigentümern und Anliegern der Gewässer, den zur Benutzung der Gewässer Berechtigten, den Fischereiberechtigten und der unteren Naturschutzbehörde Gelegenheit zur Teilnahme und zur Äußerung gegeben.

Münster, den 27. Februar 2025

Im Auftrag
gez. Nikolic
Abl. Bez.Reg. Mstr. 2025 S. 83

60 Öffentliche Zustellung gemäß § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (Landeszustellungsgesetz - LZG NRW) vom 07.03.2006 (GV. NRW. S. 94)

Für

Herrn

Eduard Schapiro

Letzte hier bekannte Anschrift:

Sachsenring 61

44867 Bochum

kann ein Schriftstück des Dezernates 27 der Bezirksregierung Münster vom 05.12.2024 - Aktenzeichen: 27.2.7 - 51S0-680036-1 SB - nicht bekanntgegeben werden, da der derzeitige Aufenthaltsort unbekannt ist.

Er wird hiermit aufgefordert, das Schriftstück an folgender Adresse unverzüglich abzuholen:

Bezirksregierung Münster - Dezernat 27 -
Albrecht-Thaer-Straße 9
Raum N 3079
48147 Münster

Hinweis:

Gemäß § 10 Abs. 2 Satz 7 LZG NRW gilt das Schriftstück als zugestellt, wenn seit dem Tag des Aushangs dieser Benachrichtigung zwei Wochen vergangen sind. Es wird darauf hingewiesen, dass mit dieser Zustellung des Schriftstücks durch öffentliche Bekanntmachung Fristen in Gang gesetzt

werden, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen.

Münster, 21.02.2025

Bezirksregierung Münster - Dezernat 27 -

Im Auftrag

gez. Brockmeyer

Abl. Bez.Reg. Mstr. 2025 S. 83-84

C: Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen anderer Behörden und Dienststellen

61 Haushaltssatzung

Aufgrund des § 18 Abs. 1 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GkG NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 01. Oktober 1979 (GV. NRW. S. 621), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 05.03.2024 (GV. NRW. S. 136), in Verbindung mit den §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 05.03.2024 (GV. NRW. S. 136), und den §§ 1 und 19 der Zweckverbandssatzung der EUREGIO hat die Verbandsversammlung der EUREGIO mit Beschluss vom 24. Januar 2025 folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2025, der die für die Erfüllung der Aufgaben der EUREGIO voraussichtlich erzielbaren Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im Ergebnisplan mit

dem Gesamtbetrag der Erträge auf 3.540.304 EUR
dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf 3.469.348 EUR

im Finanzplan mit

dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf 3.553.449 EUR

dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf 3.421.254 EUR

dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit auf 0 EUR

dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit auf 58.400 EUR

dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf 0 EUR

dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf 0 EUR

festgesetzt.

§ 2

Kredite für Investitionen werden nicht veranschlagt.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

§ 4

Eine Inanspruchnahme des Eigenkapitals soll nicht erfolgen.

§ 5

Kredite zur Liquiditätssicherung werden nicht beansprucht.

§ 6

Die Mitgliedsbeiträge der Mitgliedskörperschaften werden aufgrund des Artikels 4 Abs. 3 Nr. 13 des Vertrages von Anholt und des Artikels 19 (1) der Zweckverbandssatzung der EUREGIO auf

1.000.839 EUR

festgesetzt. Eine zusätzliche Verbandsumlage nach § 19 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GkG NRW) wird nicht erhoben.

§ 7

-entfällt-

§ 8

1. Zur flexiblen Haushaltsbewirtschaftung werden gemäß § 21 Abs. 1 Kommunalhaushaltsverordnung Nordrhein-Westfalen (KomHVO NRW) die zahlungswirksamen Erträge und Aufwendungen sowie Einzahlungen und Auszahlungen innerhalb der Produktbereiche zu Budgets verbunden.

2. Mehrerträge erhöhen gemäß § 21 Abs. 2 KomHVO NRW die Ermächtigungen für Aufwendungen. Diese Mehraufwendungen gelten nicht als überplanmäßige Aufwendungen.

3. Für über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gelten die Regelungen des § 83 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW). Über die Leistung dieser Aufwendungen und Auszahlungen entscheidet der Geschäftsführer in seiner Funktion als Kämmerer im Einzelfall bis zu 30.000 EUR und der Vorstand im Einzelfall bis zu 60.000 EUR.

Darüber hinaus entscheidet der Geschäftsführer in seiner Funktion als Kämmerer mit Zustimmung des Vorstandes über die Leistung dieser Aufwendungen und Auszahlungen im Einzelfall bis zu 1.000.000 EUR, wenn die sich hieraus ergebenden Mehrerträge unter Einbeziehung der Mehrerträge aus internen Leistungsbeziehungen (Gemeinkosten) die Mehraufwendungen um nicht mehr als 25.000 EUR unterschreiten.

4. Ermächtigungen für Aufwendungen und Auszahlungen können mit Zustimmung des Geschäftsführers in seiner Funktion als Kämmerer übertragen werden. Werden sie übertragen, bleiben sie bis zum Ende des folgenden Haushaltsjahres verfügbar. Ermächtigungen für Auszahlungen für Investitionen bleiben bis zur Fälligkeit der letzten Zahlung für ihren Zweck verfügbar. Werden Investitionsmaßnahmen im Haushaltsjahr nicht begonnen, bleiben die Ermächtigungen bis zum Ende des zweiten dem Haushaltsjahr folgenden Jahr verfügbar. Im Übrigen gelten für Ermächtigungsübertragungen die Bestimmungen des § 22 Abs. 2 – 4 KomHVO NRW.

5. Investitionsmaßnahmen werden gemäß § 4 Abs. 4 KomHVO NRW einzeln im Haushaltsplan ausgewiesen, wenn sie einen Auszahlungsbedarf von 50.000 EUR überschreiten.

Begrotingsreglement

Op grond van § 18 lid 1 van het *Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit* (GkG NRW) in de versie gepubliceerd op 1 oktober 1979 (GV. NRW. blz. 621), laatstelijk gewijzigd bij artikel 5 van het wet van 5 maart 2024 (GV. NRW. blz. 136), in combinatie met §§ 78 e.v. van de *Gemeindeordnung*

für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in de versie gepubliceerd op 14 juli 1994 (GV. NRW. blz. 666), laatstelijk gewijzigd bij artikel 1 van de wet van 5 maart 2024 (GV. NRW. blz. 136), en §§ 1 en 19 van de Gemeenschappelijke Regeling van de EUREGIO heeft het Algemeen Bestuur van de EUREGIO bij besluit van 24. januari 2025 het volgende begrotingsreglement aangenomen

§ 1

De begroting voor het begrotingsjaar 2025, die de voor de vervulling van de taken van de EUREGIO geraamde baten en lasten omvat, inclusief ontvangsten en te verrichten betalingen en noodzakelijke vastleggingskredieten, wordt

in het exploitatie-overzicht vastgesteld op

totaalbedrag van baten	3.540.304 EUR
totaalbedrag van lasten	3.469.348 EUR

in het kasstroom-overzicht vastgesteld op

totaalbedrag van ontvangsten uit gewone bedrijfsvoering	3.553.449 EUR
totaalbedrag van betalingen uit gewone bedrijfsvoering	3.421.254 EUR

totaalbedrag van ontvangsten uit de investeringsactiviteit	0 EUR
--	-------

totaalbedrag van betalingen uit de investeringsactiviteit	58.400 EUR
---	------------

totaalbedrag van ontvangsten uit de financieringsactiviteit	0 EUR
---	-------

totaalbedrag van betalingen uit de financieringsactiviteit	0 EUR.
--	--------

§ 2

Er worden geen kredieten voor investeringen begroot.

§ 3

Er worden geen vastleggingskredieten begroot.

§ 4

Er zal geen beroep op het eigen vermogen worden gedaan.

§ 5

Er wordt geen beroep gedaan op kredieten ter waarborging van de liquiditeit.

§ 6

De ledenbijdragen van de lidorganen worden overeenkomstig artikel 4 lid 3 (13) van het Verdrag van Anholt en van artikel 19 (1) van de Gemeenschappelijke Regeling van de EUREGIO vastgesteld op

1.000.839 EUR.

Naast deze ledenbijdragen wordt er geen *Verbandsumlage* overeenkomstig § 19 van het *Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit* (GkG NRW) opgelegd.

§ 7

-vervalt-

§ 8

1. Ten behoeve van een flexibel begrotingsbeheer worden overeenkomstig § 21 lid 1 *Kommunalhaushaltsverordnung Nordrhein-Westfalen* (KomHVO NRW) de contante baten en lasten alsmede ontvangsten en betalingen binnen de productgebieden tot budgets samengevoegd.
2. Meerbaten verhogen overeenkomstig § 21 lid 2 KomHVO NRW de bevoegdheden voor lasten. Deze meerlasten worden niet als bovenplanmatige lasten beschouwd.
3. Voor bovenplanmatige en niet-budgettaire lasten en betalingen gelden de bepalingen van § 83 van de *Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen* (GO NRW). Over de verrichting van deze lasten en betalingen

beslist de directeur-bestuurder in zijn hoedanigheid van "Kämmerer" (financieel beheerder) van geval tot geval tot een bedrag van 30.000 EUR en het Dagelijks bestuur van geval tot geval tot een bedrag van 60.000 EUR.

Daarnaast beslist de directeur-bestuurder in zijn hoedanigheid van "Kämmerer" (financieel beheerder) met goedkeuring van het Dagelijks bestuur over de verrichting van deze lasten en betalingen van geval tot geval tot een bedrag van 1.000.000 EUR wanneer de hieruit resulterende meerbaten met inachtneming van de meerbaten uit interne verrekeningen (overheadkosten) ten hoogste 25.000 EUR lager zijn dan de meerlasten.

4. Bevoegdheden voor lasten en betalingen kunnen worden overgedragen met goedkeuring van de directeur-bestuurder in zijn hoedanigheid als "Kämmerer" (financieel beheerder). Als ze worden overgedragen, blijven ze tot het einde van het volgende begrotingsjaar bestaan. Bevoegdheden tot het verrichten van betalingen voor investeringen blijven tot de opeisbaarheid van de laatste betaling voor hun doel bestaan. Wanneer investeringsactiviteiten niet in het begrotingsjaar worden gestart, blijven de bevoegdheden tot het einde van het tweede op het begrotingsjaar volgende jaar bestaan. Voor het overige zijn op de overdracht van bevoegdheden de bepalingen van § 22 lid 2 – 4 KomHVO NRW van toepassing.
5. Investeringsactiviteiten worden in de begroting afzonderlijk gespecificeerd overeenkomstig § 4 lid 4 KomHVO NRW wanneer ze een bestedingsniveau van 50.000 EUR overschrijden.

Bekanntmachung der Haushaltssatzung

Die vorstehende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2025 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden
- c) der Vorsitzende der Verbandsversammlung hat den Beschluss der Verbandsversammlung vorher beanstandet
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber dem Zweckverband vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Gronau, 24.02.2025

Joris Bengevoord

Vorsitzender der

Verbandsversammlung

Abl. Bez.Reg. Mstr. 2025 S. 84-85

62 Hinweis

Der Jahresabschluss 2023 des Zweckverbandes für das Studieninstitut für kommunale Verwaltung Emscher-Lippe ist zur öffentlichen Bekanntmachung gemäß § 96 Abs. 2 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen am 24.02.2025 unter der Internetadresse <<http://sel-dorsten.de/oeffentliche-bekanntmachungen/>> bereitgestellt worden.

Abl. Bez.Reg. Mstr. 2025 S. 85

Amtsblatt

für den Regierungsbezirk Münster

Bezirksregierung Münster

48128 Münster



Veröffentlichungsersuche für das Amtsblatt und den Öffentlichen Anzeiger – Beilage zum Amtsblatt – sind nur an die Bezirksregierung – Amtsblattverwaltung – in 48128 Münster zu richten. – Das Amtsblatt mit dem Öffentlichen Anzeiger erscheint wöchentlich. Redaktionsschluss: Freitag 10.00 Uhr. – Bezugspreis jährlich 25,00 € zzgl. Versandkosten jährlich 51,00 €. Einrückungsgebühr für die zweispaltige Zeile oder deren Raum 1,00 €. Für das Belegblatt werden 1,00 € zzgl. 0,50 € Versandkosten erhoben. Bezug von Einzellieferungen: 2,00 € zzgl. 2,00 € Versandkosten, werden Ende des Jahres per Rechnung ausgewiesen.

Abonnementsbestellungen und – Kündigungen wie folgt:

Zum 30.06. eines Jahres – Eingang bis 01.04.

Zum 31.12. eines Jahres – Eingang bis 01.10.

Bezug durch die Bezirksregierung Münster

Domplatz 1-3, 48143 Münster,

Auskunft erteilt Frau Brockmeier, Tel. 0251-411-1097

Email: poststelle@brms.nrw.de

Adressänderungen, Kündigungen etc. ausschließlich an die Bezirksregierung Münster

Druck, Vertrieb und Herausgeber: Bezirksregierung Münster